

Anfrage der FDP für die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 26.09.2019

„Welche Maßnahmen hat die Verwaltung aufgrund des sog. Klimanotstandes seit dessen Ausrufung durchgeführt?“

In seiner Sitzung am 11.07.2019 hat der Rat der Stadt Bielefeld den „Klimanotstand“ ausgerufen. Initiiert durch den Antrag der „Fridays for Future“-Bewegung hat sich die Stadt Bielefeld verpflichtet, Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise zu treffen und den Einsatz für Klimaschutz zu erhöhen.

Konkretere Forderungen bezogen auf die Mobilitätswende, den Ausbau erneuerbarer Energien, Bebauungen, Anreiz- und Beteiligungssysteme für klimafreundliches Verhalten, Einrichtung eines Klimarates und das Engagement in Land und Bund für klimafreundliche Positionen wurden vom Rat in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Als wichtige Maßnahme zur Vorbereitung der weiteren politischen Beratungen hat die Verwaltung die Informationsvorlage Drucksachen Nummer 9143/2014-2020 für den Haupt-, Wirtschafts- und Beteiligungsausschuss (HWBA) am 19.09.2019 erstellt, die u.a. einen stichwortartigen Überblick über die schon bestehenden Maßnahmen, Konzepte etc. geordnet nach dem Forderungskatalog der „Fridays for Future - Bewegung“ gibt. Möglicherweise ist es für die politische Entscheidung über die Forderungen hilfreich, zu wissen, was schon geschieht und was schon in der Planung ist.

Der Klimaschutz ist als Aufgabe der Verwaltung seit vielen Jahre in den unterschiedlichen Organisationseinheiten verankert. Bauliche Sanierungen, das Energiemanagement, kampagnenorientierte Maßnahmen, die aktuelle Bauleitplanung, die Verkehrswende sowie Förderanträge, die Erstellung von Konzepten und ähnlichem sind schon Teil der Klimaschutzarbeit. Zusätzliche Anstrengungen aufgrund der Ausrufung des Klimanotstands bleiben den Beratungen in den Fachausschüssen vorbehalten.